

# Pulsnitzer Wochenblatt

Herausg. Nr. 18. Tel.-Nr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2133. Dem Giro-K. 146 Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz.

**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeit. ung oder der Verbreitungsbemühungen hat der Bezüge kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 47.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 45.—; durch die Post vierteljährlich M 270.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Zeitungszeile (Mose's Zeilenmaß 14) M 7.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 6.—, Amtliche Zeile M 21.00 und M 18.—. — Reklame M 15.00. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 115.

Donnerstag, den 28. September 1922.

74. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen geht am 1. Oktober 1922 die Verwaltung der Grunderwerbsteuer nach dem Gesetze vom 12. September 1919, des Warenumschlagstempels nach dem Gesetze vom 26. Juni 1916 sowie der Umsatzsteuer nach dem Gesetze vom 26. Juli 1918, vom 24. Dezember 1919 und dem letztgenannten Gesetze in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 8. April 1922 von den Städten Kamenz, Pulsnitz und Elstra sowie der Gemeinde Großhirsdorf auf das Finanzamt über.

Kamenz, am 25. September 1922.

### Finanzamt.

#### Die Vorschriften über die Gebühren im Schornsteinfegerwesen in dem Kreisbezirke Pulsnitz und Umgegend

haben eine weitere Veränderung insofern erfahren, als vom 1. Oktober 1922 ab der Friedenskehrlohn um das 50fache erhöht worden ist.

Pulsnitz, den 28. September 1922.

Der Stadtrat.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Kamenz vom 25. d. Mts. — Pulsnitzer Wochenblatt vom 28. September 1922 — werden die Brotmarkenempfänger der Stadt Pulsnitz hiermit aufgefordert, Anträge auf Zuweisung von Brotmarken schriftlich oder mündlich unter Vorlegung der Steuerzettel 1921 am Freitag und Sonnabend, den 29. und 30. September 1922 in der Zeit von 8—12 Uhr mittags in der Ratsekasse zu stellen. Hierbei ist der Name des Haushaltungsvorstandes und die Personenzahl mit Angabe des Alters anzugeben. Wer diese Anmeldung unterläßt, verliert Anspruch auf Brotmarken.

Wer die Brotversorgung in Anspruch nimmt, ohne hierzu berechtigt zu sein, wird nach § 49 Abs. 1 Ziffer 3 des Reichsgetreidegesetzes vom 4. Juli 1922 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 M bestraft.

Pulsnitz, den 28. September 1922.

Rat der Stadt.

### Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

### Das Wichtigste.

Der Reichspräsident Ebert kommt demnächst zu kurzem Besuch nach Dresden.

Die 11. ordentliche evang.-lutherische Landessynode Sachsens tritt am Mittwoch, den 18. Oktober 1922 vormittags 11 Uhr im Ständehaus in Dresden zu mehrlägigen Beratungen zusammen.

Unter starker Beteiligung von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, der Wissenschaft und Industrie wurde am Dienstag vormittags das neue Institut für Lederforschung im Festsaal des neuen Rathauses eingeweiht.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Sachsen stieg von 15 739 Anfang August auf 16 900 Anfang September. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen sank von 7835 auf 5899.

Die sofortige ausreichende Bereitstellung von Hausbrandkohle zu angemessenen Preisen für den Winter für die Bevölkerung fordert eine Anfrage im Reichstage. Weiter wird die Schaffung von Abteilen für Schwerkrankenbeschädigte in Schnellzügen verlangt.

Die Geburtenzahl in Deutschland ist im ersten Vierteljahr 1922 erheblich gesunken, während die Sterbezahlen gestiegen sind. Es ist jetzt erwiesen, daß bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919, ebenso wie die Polen, auch die Blauer mit gefälligen Karten gearbeitet haben.

Die „Ball Mall Gazette“ erfährt, Lloyd George sei entschlossen, allgemeine Wahlen noch vor Ablauf von 10 Tagen zu veranstalten.

König Konstantin hat abgedankt.

### Derliche und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz. (Polizeibezirk.)** Ein kleiner schwarzer Hund mit weißen Pfoten ist eingeliefert worden. Derselbe ist umgehend abzuholen, andernfalls jeder Anspruch erloscht.

**Pulsnitz. (Reichsmietengesetz.)** Aus § 11 des Reichsmietengesetzes: Vor der Festsetzung der Minderhöhe (der Mieten) sind die Vermieter- und Mietervertreter zu hören; sind örtliche Vermieter- oder Mieterorganisationen vorhanden, so sind die von diesen benannten Vertreter zu hören. — Das bedeutet gesetzliche Anerkennung der Mietervertretung und Organisation. Wer ihr fernbleibt, hat kein Recht zu klagen, sondern trage die Folgen. Auf zu allgemeinem festen Zusammenschluß der Mieter! Nur im Zusammenschluß liegt die Kraft.

— (Das Finanzamt) teilt uns mit: Es wird darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf den am 1. Oktober 1922 eintretenden Übergang der Verwaltung des Warenumschlagstempels, der Umsatzsteuer und der Grunderwerbsteuer von den Städten Kamenz, Pulsnitz und Elstra und der Gemeinde Großhirsdorf auf das Finanzamt Kamenz die vorgenannten Steuern von dem genannten Zeitpunkt ab unmittelbar an die Finanzkasse in bar oder im Ueberweisungswege zu entrichten sind.

— (Das Bezirksamt für Kriegerversorgung) Kamenz hält am Dienstag, den 3. Oktober 1922 nachmittags 4—6 Uhr im Rathaus zu Pulsnitz Sprechtag ab. Erledigt werden Versorgungs- und Fürsorgeangelegenheiten sowie Anträge und Gesuche entgegenzunehmen. Altrentner und Beschädigte aus früheren Kriegen können ebenfalls hier vorsprechen.

— (Banknotenhamsterei.) Der Mangel an baren Zahlungsmitteln, der vielfach die Lohnzahlungen unmöglich macht und daher weite Kreise der Bevölkerung schwer beunruhigt, wird im wesentlichen durch Notenhamsterei hervorgerufen und gefördert, die den Zweck der Noten, als Zahlungsmittel im Verkehr zu diesen bereitet, ohne für den Hamsterei Sortierte zu haben. Es ist daher im Allgemeininteresse dringend erforderlich, daß alle Noten den Banken wieder zugeführt werden, soweit sie nicht als Zahlungsmittel in den nächsten Tagen benötigt werden.

— (Wetterbericht vom 26. Sept. früh.) Das Maximum über Norddeutschland scheint sich mit einem im Südwesten vereinigt zu haben. Die Nacht war unter seinem Einfluß klar und ist deshalb empfindlich kühl geworden, früh herrschte streckenweise undurchdringlicher Nebel. Vom Ozean zieht ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet heran, das wieder milderes Wetter mit Regen in Aussicht stellt. — Am Sonntag fanden teilweise Gewitter statt, so in Aachen, München, Halle a. S., Schleien.

— (Der Höchstbetrag für Wertpapiere.) Die ohne Siegelverschluß verschickt werden können, wird vom 1. Oktober ab von 500 auf 1000 Mark erhöht; ferner werden die Höchstbeträge für Postaufträge zur Geldeinzahlung, Postpostaufträge und Nachnahmeforderungen von 5000 auf 30 000 Mark, für Postkreditbriefe von 10 000 auf 50 000 Mark und der Betrag, der an einem Tage auf Postkreditbriefe abgehoben werden kann, von 3000 auf 10 000 Mark festgelegt.

— (sd. Wenderung der Beamtenbesoldung.) Eine Verordnung des Gesamtministeriums weist die staatlichen Kassen an, die Dienstbezüge der Beamten und Lehrer für den Monat Oktober in der Höhe wie sie sich aus den bisherigen Vorschriften ergibt, sofort auszuführen. Der allgemeine Ausgleichszuschlag beträgt 677 v. H., der besondere jährliche Ausgleichszuschlag von den ersten 10 000 M der Dienstbezüge beträgt 10 000 M.

— (Angebote unter...) an die Geschäftsstelle erbeten, lautet oft der Schlusssatz in Anzeigen. Dester kommen nun Leute, die sich um ein dergleichen Geschäft bewerben wollen, in unsere Geschäftsstelle und fragen nach dem Namen des Auftraggebers in der Absicht, sich mit ihm direkt in Verbindung zu setzen. Die Nachfrage hat aber keinen Zweck. Wir können den Namen des Auftraggebers nicht nennen. Wer sich um ein solches Angebot, in dem die Antwort unter Buchstaben und Nummern verlangt wird, bewerben will, muß seine Meldung schriftlich eingeben. Auf den Umschlag schreibt der Bewerbende die Buchstaben oder Zahlen, die im Angebot gestanden haben. Der Brief wird von uns dem Auftraggeber unersöffnet zugesandt.

— (Das Schulgeld) an staatlichen und unter staatlicher Verwaltung stehenden höheren Schulen wird sicherem Vernehmen nach vom 1. Oktober ab von

600 Mark auf 2400 M jährlich erhöht. Im gleichen Verhältnis sollen sich auch die Aufnahme- und Ausgangsgebühren erhöhen. Das Nähere wird in der nächsten Nummer des Verwaltungsblattes des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts bekanntgegeben werden. Um auch Minderbemittelten den Besuch der höheren Schulen trotz der Erhöhung des Schulgeldes weiterhin zu ermöglichen, sollen zu Erläszwecken künftig 30 Prozent statt der bisherigen 25 Prozent der Schulgeldsollennahme zur Verfügung gestellt werden.

— (Spielverbot anlässlich der Landtagswahl.) Die Sozialdemokratie hat, um ihre Wahlgeschäfte zu fördern, für den 5. November für ihre Spiel- und Sportvereine ein Spielverbot erlassen. Alle bürgerlichen Spiel-, Sport- und sonstigen Vereine sollten es als eine heilige Pflicht ansehen, den 5. November ebenfalls freizulassen, um ihren Anhängern unter allen Umständen Gelegenheit zur Beteiligung an der Wahlarbeit zu geben.

— (Die Betriebsräte der Bauhener Zeitungen) veröffentlichen in den Bauhener Tageszeitungen nachstehenden Aufruf, den wir, da er die Kollage der Presse schildert und auch für die Abonnenten anderer Zeitungen ein Mahnruf sein soll, zum Abdruck bringen:

An die Bevölkerung von Baugen-Stadt und -Land. Unser deutsches Vaterland liegt in Trümmern, entvölkert von den Siegerstaaten, niedergelutet von ihnen und gepeinigt im Uebermut des Siegers. Wir können und wollen niemals wieder Krieg führen mit Kanonen und Gewehren, aber den Kampf mit den geistigen Waffen wollen wir durchführen; diese Waffe kann uns niemand rauben, wenn wir sie uns nicht selbst zertrümmern. Und wir sind auf dem besten Wege zu diesem Urheil! Durch Sparsamkeit am falschen Ort hilft jeder an dieser Zertrümmerung, der seine Zeitung nicht mehr lesen will — weil sie scheinbar zu teuer ist. Gewiß ist der Preis von 180 Mark für ein Monatsabonnement hoch; doch was sind denn heutzutage 180 Mark? 12 Eier oder 1 Pfund Margarine oder 9 Glas Bier oder 6 Pfund Getreide im freien Handel oder 3 Tafeln Schokolade (!). Ja, wenn die Zeitung zum Essen geeignet oder eine Nützlichkeit wäre, dann könnte sie noch einmal soviel kosten, da würde keine Miene verzogen — aber für eine Zeitung soll soviel übrig bleiben in einem Monat? Leidet Ihr denn nicht auch geistig Hunger, der durch Eure Zeitung gestillt wird? Bringt sie Euch nicht Nachrichten aus aller Welt, sorgt sie nicht durch Artikel und Aufsätze für Belehrung und Unterhaltung, bringt sie Euch nicht die Bekanntmachungen der Behörden, Berichte vom Sport und noch vieles andere? Und dies alles wollt Ihr missen aus falscher Sparsamkeit? Wollt Ihr auch mit bei denen sein, die eine große Zahl von Kopf- und Handarbeitern arbeitslos und brotlos machen, indem die Zeitungsbetriebe stillgelegt werden müssen? So treulos ist kein Deutscher! Drum bitten wir Euch, Ihr Bewohner von Stadt und Land, unterstützt die Presse in der schweren Zeit, hervorgerufen nicht durch hohe Löhne, sondern durch ins Ungemessene gesteigerte Papierpreise, tragt dazu bei, daß auch uns die Arbeit und damit Verdienst erhalten bleiben, indem Ihr Eure Zeitung weiterlest und den Bezugspreis aufbringt. Laßt die Presse nicht im Stich in ihrem Existenzkampf, wie es die Reichsregierung leider tut! Kräftigt sie vielmehr in ihrem Kampfe gegen das Ausland und gegen Verleumdung und Ihr werdet in ihr wie bisher eine Stätte der Bildung, einen treuen Berater und Helfer finden. Die Betriebsräte der Bauhener Zeitungen.

